

Merseburger Korrespondent

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme des Sonntags und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 1,00 M. auswärts Zuzahlung des Postgebührens 15,00 M. einjähr. Bestell- und Bezugsgeb.

Einschmelznummer 20 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtspaltigen Mittelraum 70 Pfg. in kleinerem 400 M. für Gesamtzeilen u. Nachfragen aus breiterer Anzeigen, Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Preis der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags.

Verlagsort: Leipzig 5070.

Verlag: Neudamm 324, Geschäftsstelle 466.

Druck: bei der Druckerei „Der Chronist von Merseburg“.

„Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ — „Am häuslichen Heim“ — „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 56.

Dienstag den 7. März 1922

48. Jahrg.

„Spät kommt Ihr — doch Ihr kommt“!

Das Schreiben, mit welchem Wolfgang Kapp seine Entlassung von dem Reichsgericht anfragt, trägt die feierliche Unterschrift: Königl. Preussischer Wirkl. Geheimr. u. Regierungsrat. Blomke-Würde. Der königlich-preussische Beamte erklärt die nach-revolutionären Regierungen für juristisch gleichsam nicht existiert. Daran hindert ihn die Tatsache nicht, daß seitdem eine freigeordnete Nationalversammlung eine Reichsregierung geschaffen hat, die — wenn wir sie nach dem Rechtsgebot werten — selber sein muß als die im ursprünglichen Gewohnheitsrecht, im Widerstreit mit den Sitten, später den Anordnungen zu Parlamenten entlassenen ist. Wolfgang Kapp erkennt das nicht an, sondern gibt in die deutsche Presse das folgende, die Frage des Sods- und Landesverrats mit großer Offenheit abzu-schreiben: es ist ein Parallelbrief zu seiner gleichzeitigen Mitteilung an das Reichsgericht.

Schönen, 1. März 1922.

Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Aufschrift teile ich der verehrlichen Schriftleitung erlaube ich, daß ich heute dem Reichs-gericht meine Bereitwilligkeit erkläre, mich unter Leitung einer Sonderschicht von 100 000 M. gegen Gewährung freier Geleits und Ver-freihung von der Untersuchungshaft zu stellen.

Grundätzlich stehe ich nach wie vor am Standpunkt, daß eine Regierung, die den Besitz der Macht lediglich einem tatsächlichen begangenen Sods- und Landesverrat verdankt, weder das Recht hat, über Hoheitsverhältnisse zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelchen Anspruch darauf erheben darf, daß ein durch sie als Sodsverrat begangener Sods- und Landesverrat nicht für ihn läuft.

Schon mit einer Ausfertigung der gegen Regierungspräsident Dr. Jagow ergangenen Reichsgerichts-Entscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegten hat, ermahne ich doch dem mir darüber in-willigen bekannt gewordenen Inhalt, daß ein Beschluß des Reichs-gerichts vorliegt. Der Dr. Jagow ist nach meiner Überzeugung ein Mann von langjähriger Reichsgerichts-berufung. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist unbillig. Da mir aber aus berechtigter Verehrung für die gleiche Verbindung zur Zeit abgesehen wird, die verehrlichen Herr Dr. Jagow verurteilt werden für die ich ein neues gegen mich durch-gesetztes Verfahren dieser Reichsgerichts-Entscheidung, als fände eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ihre und Gewissen gebieten mir daher, für den Reichsgericht einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbstentlassung abgehalten haben, zu schwinden.

General Reichert, Dr. Blumke und die anderen im Auslande be-findlichen Herren, die am März-Unternehmen beteiligt gewesen sind, werden, dem natürlichen Antriebe ihrer vornehmen Stellung ent-sprechend, den Wunsch hegen, meinem Beispiel zu folgen und gleich-zeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen. Sie alle bitte ich dringend, hiermit Willens zu nehmen und mich als politischen Gegner des März-Unternehmens in diesem Sinne den Reichsgericht zu stellen. Aus ähnlichen Gründen wie sie jetzt für mein Vergehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies nach noch für geboten er-achten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwelche Vorzugsrechte, als wären sie meine eigenen, nachgegeben werden.

Das Schreiben bezieht sich klar und deutlich das Motiv seiner ge-planten Entlassung in Leipzig. Ich hier betrachtet Kapp das ganze deutsche Reich in seiner jetzigen Form als „unzulänglich“. Mit dem 18. November 1918 hörte für ihn das „altliche“ Reich auf bis zum 1. März 1920, wo er als Königlich Preussischer Wirkl. Geheimr. u. Regierungsrat an die alten Traditionen anknüpfen vermeinte. Freilich ist, daß er — jetzt in streng rechtlichen Kopien des Verordnungs-geboten — sich doch sofort wieder am Sodsverrat beteiligte, indem er beabsichtigte, die Verfassung zu erhalten. Wohl gemerkt, die Verfassung von Weimar, die er selbst auf einen Sods- und Landesverrat zurückzuführen wollte, er „garantieren“, indem er die verfassungsmäßige Regierung führte. Weil diese zu einem Verfassungsbruch dadurch kam, daß sie noch existierte — während die streng-rechtlich genommen eigentlich überhaupt nicht existieren konnte...

Das alles ist noch viel vorheriger als es in diesen Antifreihheits-Auf-sätzen ist, und das Motiv dieses Schreibens hervorzuheben. An sich ist also das Reichsgericht unzulänglich, kann gar kein „Recht“ sprechen, denn es fand sich mit der Weimarer Verfassung ab, die selbst an Hoheitsverrat bußfert (und die Kapp schämen wollte...). Trotz der ab-soluten Rechtslosigkeit aller Rechtsprechung im republikanischen Deutsch-land aber stehe ich mich, sagt Kapp, weil es ihm „Ehre und Ge-wissen gebieten, für den Reichsgericht (Jagow) ein-zutreten.“

Das ist die erste klare Tat, die im gesamten Subunternehmen mit allen seinen Folgeerscheinungen zu verzeichnen ist. Während die Er-lasse der „Kappregierung“ in allen Farben schillerten, während sie feinsinnig eines klaren monarchischen Agenten trugen (nach außen, während Kapp selbst, und dann vor allem der Reichsgerichtsprozess eine Umarmung wenig räuberischer, unumkehrlicher, mit dem alten „König-lich-preussischen“ Stil schicklich unerschütterlicher Handlungen darstellten, bedeutet die Gestaltung Kapps (wie nehmen sie als sicher an) eine wän-dliche Handlung.

Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!

Es ändert nichts daran, daß der Kapp-Freist sich vor dem Reichs-gericht nicht zu bekommen hat, wie es für richtige Ehrliebe selbst-verständlich gewesen wäre. Es ändert auch nicht an dem erbärmlichen Bild, das die „Kappregierung“ an Verwirrung und Ziellosigkeit bot. Ebenjener daran, daß es so langwierig und in so hoher Stellung tätiger Beamter zu erschrecken wenig Wirklichkeitskenntnis an-bieten hat, wie Kapp. Das ein solcher absoluter Mangel an politi-schem Sinn nicht nur bei ihm, sondern auch in seinem ganzen Führer-

Genua am 10. April.

Paris, 7. März. (Druckfehler unserer Berliner Redaktion.) Der „Matin“ behauptet heute die bisher als Gerücht unterlaufene Nach-richt, daß sowohl Lloyd George als auch Bonarroti ihre Zustimmung gegeben haben, daß die Konferenz am 10. April eröffnet werden soll. Auch die italienische Regierung hat bereits diesem Termine zugestimmt. Außerdem heißt es, daß Bonarroti selbst nach Genua gehen wird, wenig-stens wird er bei der Eröffnungssitzung zugegen sein, um zu beweisen, welche Bedeutung Frankreich dieser Konferenz beizumessen (nachdem es sie erfolgreich sabotiert). Dann wird er jedoch Genua wieder verlassen, um den Kammerverhandlungen in Paris beizuhöhen.

Die verhängnisvollen Bekandanzahlungen.

Berlin, 7. März. (Druckfehler unserer Berliner Redaktion.) Am Anknüpfen des Reichsgerichts erließen heute vormittag zu Beginn der Sitzung der Außenminister Dr. Rathenau und ergriff gleich-zeitig das Wort zu einer längeren Rede, die zur Stunde noch an-dauert.

Dr. Rathenau gab zunächst einen Überblick über das ganze Neuaus-sichtungsproblem und führte den neuerlichen Vorschlag an die Delaban-dung der 31 Millionen Goldmark zurück.

Der Papst gegen die Schmarze Schmarze.

Rom, 7. März. (Priv.-Telegr.) Der Papst empfing heute die italienische Antifreihheitskommission und lobte besonders deren Aufrechten gegen den Ausbruch der brennenden Willkür an ihrem früheren Vorkämpfer und gegen die schmerzliche Verhängnisvollheit in Europa. Bemerkenswert habe vor Monaten der italienische Antifreihheitskommission die Verwendung schmarze Truppen zur Besetzung deutscher Gebiete als eine Antifreihheitsmaßnahme hingestellt.

Gelehrerforderung und -leistung in Nordland.

Moskau, 7. März. (RUB.) Von den Naturforschern, die in den von der Wänersee umgebenen Gebieten eingeschleppt wurden, sind durchschnittlich 55 v. H. eingetroffen, in den Gouvernements mit ge-ringerer Ertragsfähigkeit 62 v. H., in Estland 76 v. H., im Kantons 48 v. H.

Freis“ herrsche, daß endlich der Kapp-Rußsch schweres Unglück über uns gebracht hat.

So ist der Schritt des ehemaligen Generallandwirtschaftsleiters rein-menschlich zu beurteilen und bedeutet für ihn selbst — als Persönlich-keit — eine Rehabilitation, auf welcher er sich erblickt entsetzt.

Es ist fraglich, ob es Kapp gelingt, seinen Freund Jagow zu ent-sprechen. Denn Jagow hat Minister geteilt und ist daraufhin als Führer verurteilt worden. Seine Willkürherrschaft und Ge-wissen hätten Kapp endlich keine Verfassungsmäßigkeit zu geben brauchen. Es haben keine Stellung, den Kopf hinanzustellen.

Kommt Kapp nach Leipzig, d. h. erfüllt man seine Verbindungen, wird ihn der Spruch des Reichsgerichts vielleicht zum Richter für viele machen. In Utrecht, Er nimmt jetzt endlich die Konventionen an sich, denen er sich bis jetzt nicht hat hingelassen. Eine gerade Handlung, die er für seine persönliche Ehre reitet.

Als Politiker aber vor der Geschichte ist er gerichtet.

Die Ausgestaltung der Zwangsanleihe.

Die Beratungen über die Steuern müssen in kurzen drei Tagen, gleichsam mit der Uhr in der Hand zum Abschluß gebracht werden. Das Schicksal hängt bei dem Problem der Zwangsanleihe. An sich ist es zwar durch das Steuerkompromiß gefördert, aber die praktische Ausgestaltung des Zwangsanleihegesetzes macht große Schwierigkeiten. Man weiß, daß man die Mängel der Konstruktion die Grundlage für die Veranlagung der Zwangsanleihe der Vermögensgegenstände vom 31. Dezember 1922 sein soll, und die Befreiung des Vermögens durch-



Der englisch-irische Vertrag im Unterhaus.

London, 7. März. (RUB.) Bei der Weiterberatung der Artikel des Geleitzungsvertrages über den englisch-irischen Vertrag im Unter-haus haben die dem Vertrag feindlich gesinnten Mitglieder und konser-vativen Abgeordneten ihre Opposition fort. Ein Antragtrag der Re-gierung sowie der Hauptartikel des Geleitzungsvertrages wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Ministerabteilungen erklärten die Be-zugnahme auf die weitere Teilnahme an dem Verhandlungen über die Ge-leitzungsverträge.

In Irland bricht der Aufstand wieder aus.

London, 7. März. (RUB.) In Dublin haben sich seit gestern Teile der Einheitsarmee an, die dem Vertrag feindlich gesinnt sind. Sie hatten eine Anzahl Soldaten besetzt. Im Schloß befinden sich die irischen Truppen, die für den Vertrag sind. Britische Militärs sind durch-zugehen in Baginbally die Stadt, um einen Zusammenstoß zwischen beiden Parteien zu verhindern.

Am die österreichisch-ungarische Grenze.

Wien, 7. März. Die ungarische Regierung hat dem österreichischen Ministerium des Innern gegenüber anlässlich der Grenzregulie-rungen in Ostböhmen neue Schutzmaßnahmen erlassen, die über die Bestimmungen des Friedensvertrages und des Protokolls von Semlin hinausgehen. Die ungarische Kavallerie wird dadurch neue Konflikt-gefahren zu sich.

Devisenausfuhrverbot.

Wien, 7. März. Durch einen Erlass des Finanzministeriums wurde die Ausfuhr von Devisen und Gelden verboten. Weiter die Banken und Privatpersonen können keine Transaktionen vornehmen. Dieses Verbot ist ausschließlich der Nationalbank zu. Die meisten Banken haben der Regierung einen Protest unterbreitet und ihre Ge-leitzungsverträge einseitig. Die Devisen sind nicht mehr abzugeben.

Verlobung des bühnlichen Kronprinzen.

Wien, 7. März. (RUB.) Kronprinz Frederik hat sich mit Prinzessin Olga von Griechenland, Tochter des Prinzen Nikolaus von Griechenland, verlobt.

Gewerkschaften und Zwangsanleihe.

Berlin, 7. März. (RUB.) Reichsminister Dr. Hermes hat laut „N.N.“ am Donnerstag nachmittag die Gewerkschaftsvertreter zu einer vertraulichen Besprechung über die Zwangsanleihe eingeladen. Er hat bei dieser Besprechung den Vertretern einen Fragebogen über-sendet, dessen wichtigste Fragen lauten: Welcher Vermögensgegenstand soll den Reichs-fiskus für die Höhe der Beteiligung an der Zwangsanleihe bilden? Soll der Vermögensgegenstand vom 31. Dezember 1922 als Maßstab an-genommen werden? Wenn und wie sollen die Einzahlungen erfolgen? Sollen, wenn die Beiträge nach dem Stande vom 1. 12. 1922 berechnet wird, der Auszahlung auf Grund von Selbstentlassungen, die jeder im Laufe des Jahres 1922 vorzunehmen hätte, erfolgen können? Sollen die Privatveranlagung neben der Selbstentlassung als Bemessung für die Grundlage der Höhe der Veranlagungen benutzt werden? Welcher Zinssatz soll vom 1. Jahre ab gewährt werden?

Außenpolitische Übersicht.

1. April Zahlungsspaule.

Paris, 7. März. (Priv.-Telegr.) In der letzten Sitzung der Reparationskommission wurden die Beauftragten Deutschlands bis Ende März festgelegt, während vom 1. April an eine zehnwöchentliche Pause (Moratorium) in den weiteren Zahlungen Deutschlands eintritt. Ferner wurden den neuen Abkommen mit Deutschland über die Ein-führung direkt Lieferungen die Sanktionen erteilt. Die weitere Ent-scheidung liegt jetzt bei den Finanzministern der alliierten Staaten.

Zur Genua.

Vorbereitung der Balkanstaaten und der kleinen Entente.

Paris, 7. März. (RUB.) Der „Times“ gibt eine Nachricht aus Viena wieder, wonach die baltischen Staaten sich über eine gemein-same Politik auf die Konferenz von Genua geeinigt haben.

Paris, 7. März. (RUB.) Dem „Times“ zufolge sind heute in Belgrad die Vertreter der kleinen Entente angehörenden Staaten zu Verhandlungen über ein gemeinsames Programm für die Konferenz von Genua zusammengetreten.

Die Belagerung der englischen Kräfte.

Die innerpolitische Krise in Großbritannien ist nach beruhigtem Mutter durch ein Kompromiß beigelegt worden. Die konservativen Führer haben Lloyd George eine Art Vertrauensvotum ausgestellt, und der Vertreter der Konventionen im Unterhaus, George Younger hat die Zustimmung abgegeben, seinen Kampf gegen den Ministerprä-sidenten einstellen zu wollen. Es kann jedoch nicht geäußert werden, daß ein solches Kompromiß nur einem Vorbehalt darstellt. Die liberalen Zeitungen Englands haben darum auch unterhalten ihrer Anhängerschaft besten Ausdruck, daß die Position des Premier bei Genua härter wäre, wenn weitere Verhandlungen vorgezogen würden. Das würde aller-dings eine weitere Klärung der Konferenz notwendig machen. Dennoch hält man sich, wenn nicht alle Krisenfälle trügen mit dem Sen-dung und verheißt die Wahlen. Wenn Lloyd George auf diese Be-zugnahme eingetrit, so hat man daraus den Schluß ziehen, daß er sich von Verhandlungen nicht sehr viel verspricht.

Morgen teilen die alliierten Finanzminister die deutschen Leistungen.

Paris, 7. März. (RUB.) Die Konferenz der alliierten Finanz-minister am 8. März wird sich mit der Vorberingung der Verteilung der ersten Milliarde, den Veranlagungen und dem Wiesbadener Mo-dellern befaßen.

Die Reparationsfrage — ein zweifelhafteiges Schemel.

Rom, 7. März. (RUB.) Eine Deputation der Eisenbahn, ins-besondere der Reichsministerialdirektion, sprach bei der neuen Regierung vor und verlangte, daß Beauftragten auf Reparationskonto in Deutschland unterfunden. Zudem wird sich die Deputation auf dem Reichsministerialrat 240 Millionen Goldmark erheben und dafür Materialien bei der italienischen Industrie beschaffen.